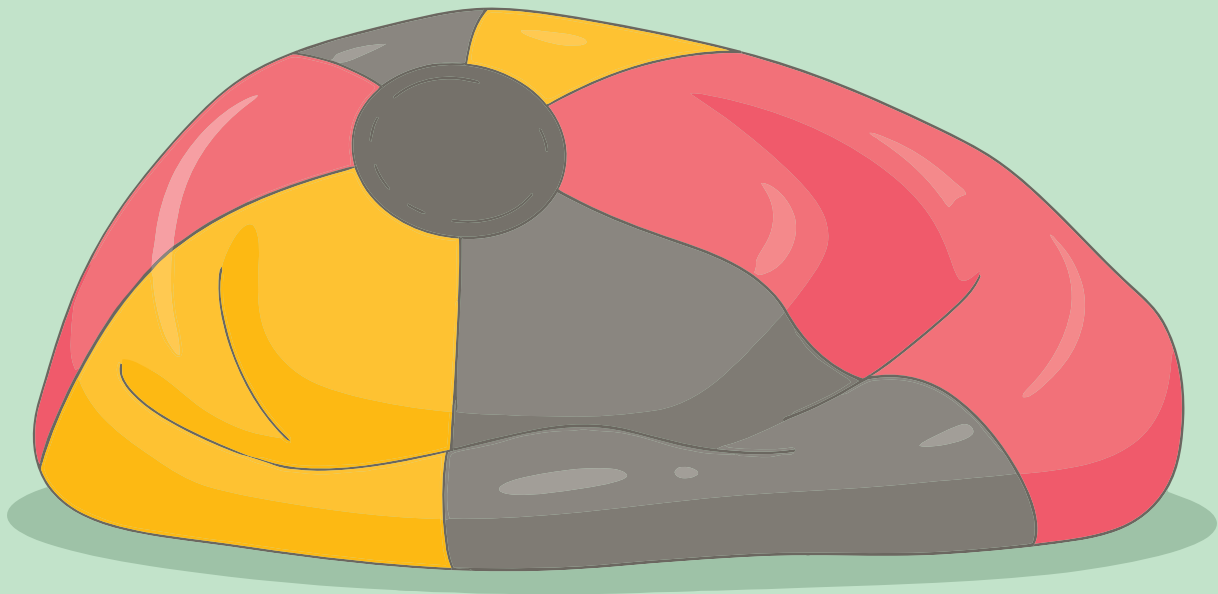


# Die Luft ist raus



**IW-Konjunkturumfrage.** Der Krieg im Nahen Osten hat die Hoffnungen auf eine baldige Erholung der deutschen Wirtschaft zunichtegemacht. Die aktuelle Konjunkturumfrage des IW zeigt, dass nun schon im dritten Jahr hintereinander die Skepsis der Unternehmen in Sachen Produktion, Investitionen und Beschäftigung überwiegt. Um wieder optimistischer nach vorne schauen zu können, bräuchten die Firmen vor allem verlässliche, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, sagt IW-Konjunkturopernte Michael Grömling im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

## Arbeitsmarkt

Durch den demografischen Wandel droht das Arbeitskräfteangebot in Deutschland zu schrumpfen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit könnte dem entgegenwirken.

—> [Seiten 6-7](#)

## Kaufkraft

Einkommen und Preisniveau variieren in Deutschland regional erheblich. Die Städte und Kreise mit der höchsten Kaufkraft liegen vornehmlich im Süden.

—> [Seiten 14-15](#)

# Rückschlag für die Wirtschaft

**IW-Konjunkturumfrage.** Der Krieg im Nahen Osten setzt die deutsche Wirtschaft zusätzlich unter Druck. Die vom IW befragten Unternehmen sagen mehrheitlich, dass sich ihre Lage gegenüber dem vergangenen Frühjahr verschlechtert habe. Und auch der Blick auf den weiteren Jahresverlauf ist überwiegend skeptisch.

Noch zum Jahreswechsel 2025/2026 schien es, als könnte die konjunkturelle Talsohle in Deutschland endlich durchschritten sein (siehe iwd 1–2/2026). Doch nachdem Ende Februar der Iran-Krieg ausbrach, wurde schnell klar, dass es mit der wirtschaftlichen Erholung erst mal nichts werden würde: Die Energiepreise schossen in die Höhe und die Blockade der Straße von Hormus führt nicht nur bei Energie-

gütern dazu, dass Lieferketten und damit Teile der industriellen Produktion gefährdet sind. All dies trifft auf eine deutsche Volkswirtschaft, die schon lange unter strukturellem Anpassungsdruck steht – unter anderem gehemmt durch ein hohes Steuer- und Abgabenniveau und überbordende Regulierungen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die im März vom IW befragten knapp 1.000 Unterneh-

men in Deutschland trüber Stimmung sind (Grafik):

**Fast 43 Prozent der Unternehmen sagen, ihre Geschäftslage habe sich gegenüber dem Frühjahr 2025 verschlechtert, nur gut 14 Prozent berichten von einer Verbesserung.**

Vor allem im Dienstleistungssektor halten deutlich mehr Firmen den Daumen nach unten als bei der vorangegangenen Umfrage.

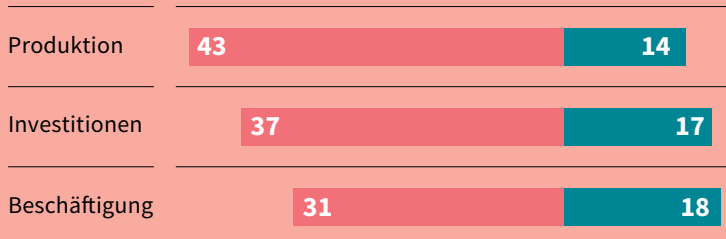
## IW-Konjunkturumfrage: Miese Lage, trübe Aussichten

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...

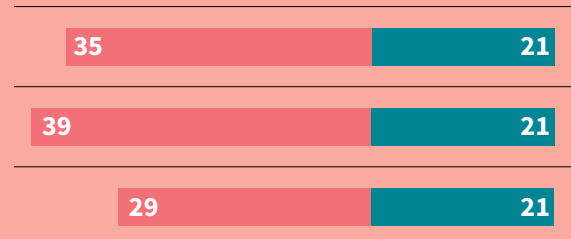


- Schlechter
- Besser

**... bewerten die Lage bei diesen Indikatoren im Frühjahr 2026 gegenüber dem Frühjahr 2025 wie folgt**



**... erwarten für das Jahr 2026 gegenüber 2025 diese Entwicklung**

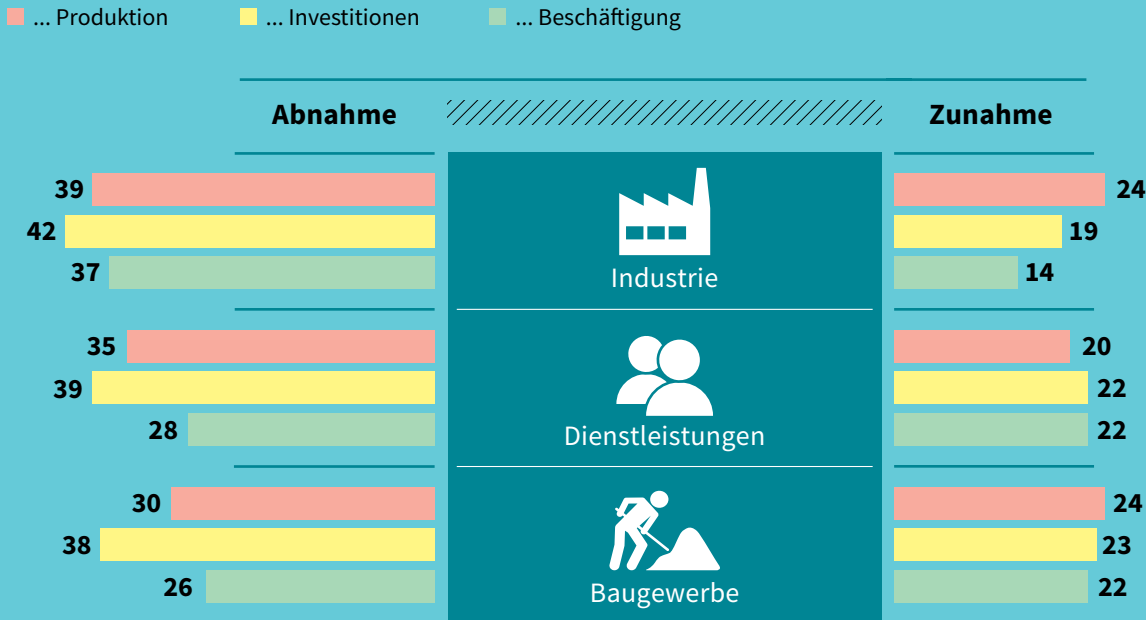


Rest zu 100: gleichbleibend  
Befragung von 964 Unternehmen im März 2026

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

## IW-Konjunkturumfrage: Skepsis auf ganzer Branchen-Breite

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Jahr 2026 gegenüber 2025 diese Entwicklung der ...



Rest zu 100: gleichbleibend  
 Befragung von 964 Unternehmen im März 2026  
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2026 IW Medien / iwd



Das IW befragt die Unternehmen regelmäßig auch zu ihren Erwartungen. Hier zeigt sich, dass nunmehr ununterbrochen seit Herbst 2023 der Anteil jener Unternehmen überwiegt, die von einer negativen Geschäftsentwicklung ausgehen – nie zuvor seit 2005, als die IW-Umfrage erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse auswies, gab es eine solch lange Phase des Pessimismus. Die aktuellen Zahlen:

**Für das laufende Jahr gehen insgesamt 35 Prozent der Unternehmen von einem Rückgang ihrer Produktion aus, nur 21 Prozent rechnen mit einem Aufwärtstrend.**

Am höchsten ist der Anteil der Skeptiker mit 39 Prozent in der Industrie (Grafik). Vor allem bei den Herstellern von Konsumgütern sowie in der Grundstoffindustrie regiert die Skepsis. Im Dienstleistungsbereich setzt sich der negative Erwartungstrend der vergangenen Umfragen

fort und auch im Bausektor, wo sich Optimisten und Pessimisten noch im Herbst 2025 die Waage hielten, befürchtet nun wieder eine relative Mehrheit von 30 Prozent eine sinkende Produktion.

Die vielfältigen Belastungen durch die geopolitischen Krisen und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft führen dazu, dass auch das Investitionsklima mau bleibt:

**Fast vier von zehn Unternehmen geben an, in diesem Jahr voraussichtlich weniger zu investieren als 2025 – nur zwei von zehn werden ihr Budget voraussichtlich aufstocken.**

Im vergangenen Herbst sah es zumindest in der Bauwirtschaft noch so aus, als ob sich die Investitionsperspektiven ein wenig aufhellen würden – nun sind die Erwartungen dort wieder in etwa so getrübt wie in den anderen Wirtschaftssektoren.

Wo die Geschäfte schlechter laufen und Investitionen gekürzt werden, treffen die Folgen irgendwann fast zwangsläufig auch den Arbeitsmarkt:

**Nur rund 21 Prozent aller befragten Unternehmen gehen für 2026 von einem Personalaufbau aus, 29 Prozent erwarten dagegen, dass die Zahl ihrer Beschäftigten sinken wird.**

Am ehesten ausgeglichen sind die Trendmeldungen noch im Baugewerbe. In der Industrie geht die Schere dagegen weit auseinander – 37 Prozent der Firmen des Verarbeitenden Gewerbes rechnen mit einem Stellenabbau, während vermutlich nur 14 Prozent unterm Strich zusätzliche Mitarbeiter einstellen werden.

### IW-Report 17/2026

Michael Grömling: Erholung erneut auf dem Prüfstand – IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2026

**Interview.** Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist schlecht. Das liegt aktuell vor allem am Iran-Krieg. **Michael Grömling**, Leiter der Forschungsgruppe Makroökonomie und Konjunktur im IW, erklärt, wie sich der Krieg in naher Zukunft ökonomisch auswirken dürfte und wie die Politik den Unternehmen trotz allem mehr Sicherheit bieten kann.

# „Eine solche Aneinanderreihung von Krisen habe ich noch nicht erlebt“

**Sie sind bereits lange in der Konjunkturforschung tätig. Haben Sie schon einmal so eine schlechte Stimmung unter den Unternehmen in Deutschland erlebt?**

Sehr schlechte Stimmung gab es in der deutschen Wirtschaft immer wieder, beispielsweise nach der globalen Finanzmarktkrise 2009 und vor allem während der Coronapandemie. Das Besondere aktuell ist, dass wir aus all den Krisen gar nicht mehr rauskommen. Pandemie, Ukraine-Krieg, US-Protektionismus, Iran-Krieg – solch eine Aneinanderreihung von Schocks habe ich persönlich noch nicht erlebt. Seit mittlerweile sechs Jahren prägen diese aufeinanderfolgenden und sich teils überlagernden Krisen die Unternehmenserwartungen in Deutschland und machen die zwischenzeitlichen Hoffnungsschimmer immer wieder zunichte.

**Der jüngste Krieg im Nahen Osten trübt die Stimmung und die Erwartungen der deutschen Unternehmen der IW-Umfrage zufolge erheblich. Was beeinträchtigt die deutsche Wirtschaft dabei aus Ihrer Sicht am meisten?**

Es sind vor allem die Kosteneffekte. Wir haben energieintensive Unternehmen, wir haben transportintensive Unternehmen. Bei ihnen kommen die hohen Energiepreise infolge des Krieges schon jetzt an. Und das Geld, das die Bürger für teureres Öl, Diesel oder Gas ausgeben, fehlt an anderer Stelle beim Konsum.

Perspektivisch ist die Sorge um ausbleibende Lieferungen groß. Noch landen Schiffe hier an, die vor wenigen Wochen nach Europa aufgebrochen sind. Wir leben gerade in einer Art Parallelwelt, wo der Krieg stattfindet, sich aber bei uns ökonomisch noch nicht komplett auswirkt. Die wirtschaftlichen Störungen, die der Krieg ausgelöst hat, kommen zum Großteil erst zeitversetzt bei uns an. Da geht es zum Beispiel für Deutschland um Zulieferungen von weiterverarbeiteten Energiegütern aus den Golfstaaten.

Probleme entstehen durch diesen Krieg natürlich auch weltweit. So fehlen Düngemittel für die landwirtschaftliche Produktion rund um den Globus. Auch Grundstoffe für die Pharma- oder Chemieindustrie dürften nicht in den Zielländern ankommen. Im Flugverkehr fehlt Kerosin, manche Fluggesellschaften hantieren deshalb bereits mit Kerosinzuschlägen. Selbst wenn der Krieg jetzt ein Ende finden sollte, müssen wir uns darauf einstellen, dass in den nächsten Monaten bestimmte Güter weltweit fehlen werden.

**Es gab schon in den 1970er Jahren eine Ölkrise. Haben wir in Deutschland daraus zu wenig gelernt?**

Man muss bedenken, dass es heutzutage global eine hohe Energienachfrage gibt. Es leben 8,5 Milliarden Menschen auf dem Planeten, die Energie für ihr tägliches Leben brauchen – sei es im Haushalt, für ihre Mobilität oder für industrielle Prozesse am Arbeitsplatz.



Unsere Energieverbräuche in Deutschland sind zwar zurückgegangen, wir müssen uns trotzdem mit globalen Preisen für fossile Energien am Energiemarkt auseinandersetzen, auf die wir kaum Einfluss haben.

**Sie sagen, dass die hiesige Wirtschaft schon länger mit strukturellen Anpassungen kämpft. Welche Herausforderungen sind das im Einzelnen?**

Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. In Krisenzeiten werden die Probleme und Schwächen, die es auch schon in guten Zeiten gab, wie unter einem Brennglas sichtbar. So haben wir in Deutschland ein Handicap bei den Energiekosten, wir haben ein weiteres Handicap bei den Regulierungskosten und auch eines bei den Arbeitskosten. Letzteres haben wir in den vergangenen Dekaden teilweise über die Internationalisierung kompensieren können. Eine offener werdende Welt hat sich hierzulande produktivitätssteigernd ausgewirkt. Doch diese Errungenschaften kassieren politische Spieler seit einigen Jahren wieder ein, was ökonomisch gesehen ein Rückschritt ist.

**Wie kommen wir aus dem Negativstrudel wieder heraus?**

Geopolitisch kann nur ein geschlossenes Europa ein Gegengewicht bilden. Deutschland allein ist zu klein, um in der Weltpolitik Entscheidendes zu bewirken. Um dem schwierigeren geopolitischen Rahmen etwas entgegenzusetzen, brauchen wir in Europa, in den Unternehmen

und auch in der Gesellschaft eine höhere Resilienz und stärkere Flexibilität.

**Was müsste noch passieren, damit der Optimismus in den Unternehmen zurückkehrt?**

Wir haben aus vielen Umfragen gelernt, dass die Unternehmen in erster Linie Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik brauchen. Heute so und morgen so – das funktioniert für sie nicht gut. Wir brauchen einen klaren klimapolitischen und transformationspolitischen Rahmen sowie eine verlässliche Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Wir brauchen auch eine Verlässlichkeit für Infrastrukturprogramme. Es darf nicht permanent alles auf dem Prüfstand stehen. Wichtig ist außerdem, dass wir im Bereich Forschung und Entwicklung strategischer werden, als wir es in der Vergangenheit waren.

Nur so entwickeln die Unternehmen Vertrauen, um langfristig am Standort Deutschland zu investieren. Denn Investitionen, zum Beispiel in ein Produktionswerk, sind kein kurzfristiges Engagement. Die Betriebe binden sich damit über Jahre, vielleicht Jahrzehnte an den Standort. Wenn bestimmte Kosten für Unternehmen nicht mehr kalkulierbar sind, werden sie zurückhaltender und vorsichtiger sein oder sich im ungünstigsten Fall für Standorte in anderen Ländern entscheiden.

**Die deutsche Politik setzt auf Wirtschaftswachstum für die Trendwende. Die Investitionen, so zeigt es die IW-Umfrage, befinden sich aber weiterhin im Abwärtstrend. Fruchten die Bemühungen der Politik – Stichwort Sondervermögen – so gar nicht?**

An dieser Stelle müssen wir fair bleiben. Die aktuelle Umfrage ist geprägt vom Iran-Krieg. Bei unserer Umfrage im vergangenen Herbst waren die Unternehmen deutlich zuversichtlicher.

**Immer wieder ist zu hören, dass die Unternehmen einen eklatanten Fachkräftemangel beklagen – laut der aktuellen Konjunkturumfrage will dennoch eine relative Mehrheit Beschäftigung abbauen. Wie passt das zusammen?**

Blickt man auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte, ist die aktuelle Situation nicht neu. Wir haben duale Arbeitsmarktprobleme, das heißt, auf der einen Seite verlieren wir Arbeitsplätze in strukturell stark belasteten Branchen. Die Qualifikationen der Beschäftigten sind aber nicht sofort anschlussfähig für Arbeitsplätze, die an anderer Stelle neu entstehen. Diese qualifikatorischen Mismatches sind ein Problem im Strukturwandel. Durch die Bildungssysteme und auch durch betriebliche Weiterbildung sind wir hoffentlich heutzutage besser in der Lage, diese schneller zu beheben. Das ist kurzfristig aber eine gesamtwirtschaftliche Herausforderung.

# Rezepte gegen den Schwund

**Arbeitsmarkt.** Um den demografischen Wandel auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu bremsen oder gar auszugleichen, gibt es mehrere Möglichkeiten. Die meisten von ihnen greifen jedoch erst nach einer längeren Vorlaufzeit. Am schnellsten umsetzen ließe sich eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit. Tatsächlich kann eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten dieser Idee sogar etwas abgewinnen.

Mit der Demografie ist es wie mit einem Suppentopf im Restaurant: Geht konstant mehr Suppe an die Gäste raus, als neu zubereitet wird, kratzt der Koch mit der Kelle irgendwann am leeren Topfboden. Und genau das droht dem deutschen

Arbeitsmarkt: Innerhalb der nächsten Dekade kommen rund zehn Millionen 55- bis 64-Jährige, die derzeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ins Rentenalter. Dieser Gruppe stehen lediglich 7,8 Millionen junge Menschen zwischen zehn und

19 Jahren gegenüber, die im Laufe der kommenden zehn Jahre einen Beruf ergreifen könnten. Die Gruppe der Jungen reicht also schlicht nicht aus, um die Alten auf dem Arbeitsmarkt zu ersetzen.

Was aber lässt sich gegen dieses dramatisch schrumpfende Arbeitskräftepotenzial unternehmen?

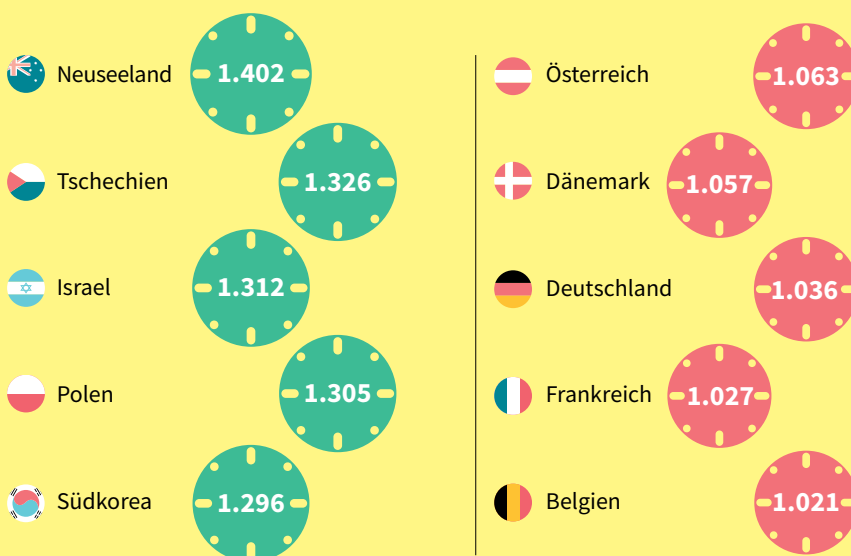
Erstens könnte Deutschland für mehr Zuwanderer sorgen. Um das Erwerbspersonenpotenzial konstant zu halten, müssten pro Jahr unterm Strich rund 400.000 Menschen einwandern – 2023 kamen aber nur 72.000 Personen mit einem Aufenthaltstitel zum Zwecke der Erwerbstätigkeit in die Bundesrepublik.

**Daher muss die Bundesregierung zügig die bereits geplanten Maßnahmen wie die Work-and-Stay-Agentur umsetzen, mit denen das Anwerben von qualifizierten Fachkräften aus Ländern erleichtert werden soll, in denen es eine intakte demografische Entwicklung gibt – wie etwa Indien, Indonesien oder die Philippinen.**

Zweitens könnte die Politik Maßnahmen ergreifen, um die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. So arbeiten in Deutschland nur zwei

## Jahresarbeitszeit im internationalen Vergleich

Geleistete Arbeitsstunden je Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren im Jahr 2023



Belgien: 2022

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Drittel der Nicht-EU-Staatsangehörigen. In Italien beträgt der Anteil 68 Prozent, in den Niederlanden 70 Prozent, in Spanien 73 Prozent und in Dänemark und Schweden sogar jeweils mehr als 80 Prozent. Außerdem ist die Frauenerwerbsquote in Deutschland mit 77 Prozent niedriger als beispielsweise in Dänemark oder Schweden. Und auch die Quote der erwerbstätigen Geringqualifizierten ist mit rund 70 Prozent noch ausbaufähig.

Verbesserungen brauchen jedoch Zeit – weil etwa Kindergärten gebaut und qualifizierte Erzieher gefunden werden müssen, damit mehr Mütter ihre Arbeitszeiten aufstocken können. Auch ausländische Fachkräfte kommen nicht ad hoc: Viele qualifizierte Personen, die nach Deutschland auswandern wollen, scheitern an komplizierten Visavorschriften oder aufwendigen Anerkennungsverfahren für ihre ausländischen Abschlüsse.

Das einzige probate Mittel, um das Angebot an Arbeitskraft kurzfristig zu erhöhen, ist eine Ausweitung der Arbeitszeit derjenigen, die bereits einem Job nachgehen. Auch hier gibt es mehrere Ansatzpunkte:

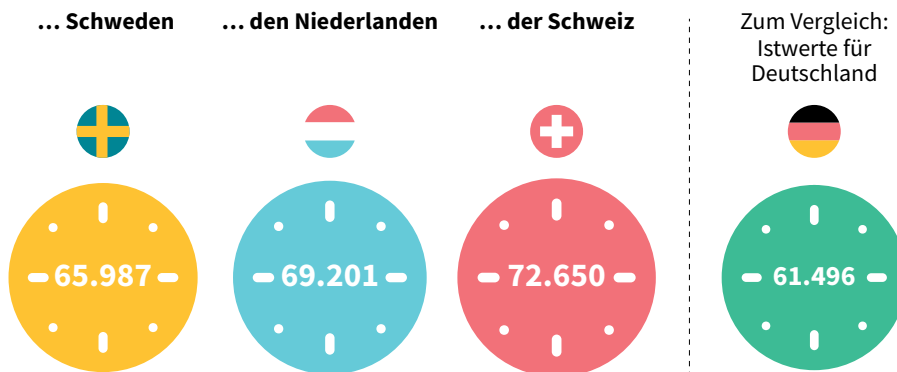
**Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit** würde dazu führen, dass Erwerbstätige länger im Beruf bleiben als bisher. Dazu beitragen würde eine Abschaffung des vorzeitigen abschlagsfreien Rentenbezugs von besonders langjährig Versicherten. Auch die Rücknahme der Aktivrente oder eine Erhöhung der Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug könnte mehr Ältere im Arbeitsleben halten.

**Die Abschaffung eines Feiertags** könnte die Zahl effektiver Arbeitstage in Deutschland um 0,5 Prozent im Jahr erhöhen.

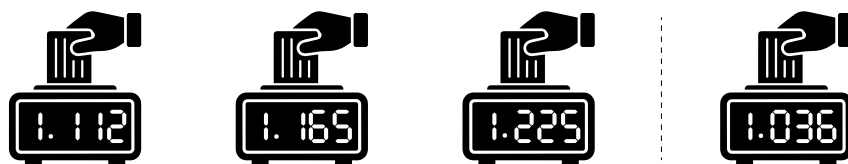
**Eine Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit** könnte das Arbeitsvolumen ebenfalls maßgeb-

## Arbeitsvolumen in Deutschland: Luft nach oben

So hoch wäre das Arbeitsvolumen in Deutschland im Jahr 2023 bei einer Jahresarbeitszeit wie in ... gewesen, in Millionen Stunden



## Geleistete Arbeitsstunden je Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren



Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

lich erhöhen. Zuletzt lag Deutschland in puncto Jahresarbeitszeit im internationalen Vergleich auf den hinteren Plätzen (Grafik Seite 6):

**Im Jahr 2023 leisteten die 15- bis 64-jährigen Einwohner Deutschlands im Durchschnitt 1.036 Arbeitsstunden. Polen und Tschechen kamen auf mehr als 1.300 Stunden, Neuseeländer sogar auf mehr als 1.400.**

Laut einer IW-Befragung könnten sich sogar rund drei Viertel der Beschäftigten in Deutschland längere Arbeitszeiten bei entsprechendem Lohnausgleich vorstellen. Allerdings nur, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind: wenn etwa die Steuern und Sozialabgaben niedriger wären oder mehr Homeoffice möglich wäre, wenn beispielsweise die Arbeitszeit flexibler gestaltet werden könnte oder die Beschäftigten interessantere Aufgaben oder mehr Verantwortung bekämen. Auch eine bessere

Arbeitsatmosphäre oder ein Partner, der mehr Hausarbeit übernehme, sind für je ein Drittel der Beschäftigten Grundvoraussetzung, um eine Ausweitung ihrer Arbeitszeit zu erwägen.

Welches Potenzial eine Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit hätte, zeigt ein Blick auf das Nachbarland Schweiz (Grafik):

**Würden die Einwohner Deutschlands im erwerbsfähigen Alter genauso lange arbeiten wie ihre eidgenössischen Kollegen, wäre das hiesige Arbeitsvolumen um gut elf Milliarden Stunden höher als im Status quo.**

Umgerechnet entspräche dies der Arbeitsleistung von rund sieben Millionen Vollzeitbeschäftigten.

# Souveräner zahlen

**Digitaler Zahlungsverkehr.** US-Anbieter dominieren den Markt für grenzüberschreitende Kartenzahlungen – auch in der EU. Die Staatengemeinschaft will für mehr europäische Souveränität im Zahlungsverkehr sorgen, steht sich dabei aber ein Stück weit selbst im Weg.

Kurz die Girocard an das Lesegerät gehalten und schon ist der Einkauf bezahlt. Was für den Kunden schnell und bequem ist, erfordert im Hintergrund die Zusammenarbeit mehrerer Dienstleister. Erst mit Kartenausstellern, Zahlungsabwicklern und einem Kartennetzwerk gelingt das bargeldlose Bezahlen.

Soll der Zahlungsverkehr auch über Landesgrenzen hinweg funktionieren, müssen die nationalen Netzwerke interoperabel sein. In der europäischen Union gibt es solche Netze bislang nicht. Für internationale Transaktionen müssen die Staaten daher die US-Anbieter Visa und Mastercard nutzen. Generell ist die EU schlecht aufgestellt bei bargeldlosen Bezahlssystemen (Grafik):

**Im Jahr 2024 verfügten nur neun EU-Länder über ein eigenes Kartennetzwerk. Alle anderen mussten auch für nationale Kartenzahlungen auf Visa und Mastercard zurückgreifen.**

Der Markteintritt ist grundsätzlich schwierig, denn Nutzer präferieren das Netzwerk, das die meisten anderen verwenden. Da die Systeme auf Standards für elektronische Kommunikation basieren, können neue Anbieter auch nicht mit Produktinnovationen glänzen.

Die European Payments Initiative – ein Zusammenschluss europäischer Banken, Sparkassen und Finanzdienstleister – versucht nun,

ihr Zahlungssystem Wero zu etablieren. Es ist für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr geeignet, Visa- und Mastercard-Netzwerke werden nicht gebraucht. Für die europäische Souveränität ist es wichtig, dass sich Wero durchsetzt und möglichst viele Händler und Kunden das System nutzen.

Zusätzlich will die EU mit dem digitalen Euro ab 2029 grenzüberschreitende Zahlungen im Euroraum vereinfachen und sich unabhängiger von ausländischen Anbietern machen. Zahlungen werden dabei nicht über Kartennetzwerke, sondern über eine Plattform des Europäischen Systems der Zentralbanken abgewickelt.

Es gibt aber ein Problem: Händler sollen verpflichtet werden, den digitalen Euro anzunehmen. Wero muss sich dagegen am Markt beweisen. Eine Lösung könnte sein, den digitalen Euro schrittweise einzuführen: zunächst ausschließlich als Offline-Version, sodass er nur eine Form von digitalem Bargeld wäre. Erst wenn sich Wero nicht durchsetzen sollte, würde die Online-Version des digitalen Euro als Alternative zum bisher verbreiteten Kartenzahlungssystem in den Markt eintreten.

## IW-Kurzbericht 25/2026

Markus Demary: Schaffen Wero und der digitale Euro mehr Wettbewerb im Zahlungssystem?

## Nationale Kartensysteme in der EU wenig verbreitet

So viele nationale Kartensysteme zur Zahlungsabwicklung hatten diese EU-Staaten und waren dadurch nicht auf Visa und Mastercard angewiesen

	2013	2024
 Belgien	1	1
 Bulgarien	1	1
 Dänemark	1	1
 Deutschland	1	1
 Frankreich	1	1
 Irland	1	0
 Italien	1	1
 Malta	3	1
 Portugal	1	1
 Slowenien	2	1
 Spanien	3	0



Andere EU-Staaten: ohne eigenes Kartensystem

Quelle: Europäische Zentralbank  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

# Weniger teilen?

**Einkommensteuer.** Die SPD möchte das Ehegattensplitting reformieren, um mehr Arbeitsanreize für den weniger verdienenden Partner zu setzen. Das würde vor allem die Steuerlast für Familien mit einem Alleinverdiener erhöhen.

Alle Jahre wieder: Das Ehegattensplitting steht in der Politik einmal mehr zur Diskussion. Die jetzige Regelung ermöglicht es Ehepaaren, ihr gesamtes Bruttoeinkommen gemeinsam besteuern zu lassen. Konkret heißt das: Die zu versteuernden Einkünfte werden zusammengerechnet und durch zwei geteilt. Anschließend wird die Einkommensteuer auf jede Hälfte erhoben – dadurch sinkt die Steuerlast im Vergleich zur Einzelveranlagung.

Ohne das Ehegattensplitting – also mit einer individuellen Besteuerung beider Ehepartner – hätten die Haushalte in Deutschland 2026 rund 25 Milliarden Euro mehr Einkommensteuer gezahlt. Besonders profitieren Familien mit einem Alleinverdiener:

**Verdient ein Partner 100.000 Euro und der andere nichts, beträgt die Steuerersparnis durch das Splitting derzeit fast 9.800 Euro.**

Das kann den Anreiz zur Arbeitsaufnahme für den Partner ohne eigenen Verdienst reduzieren – weswegen die SPD eine Reform anstrebt.

Die Regelung vollständig abzuschaffen, gilt aufgrund verfassungsrechtlicher Gründe als unrealistisch. Möglich ist vermutlich die Einführung des sogenannten Realsplittings, mit dem der Besserverdienende nur noch einen festgeschriebenen Maximalbetrag an den Partner übertragen könnte – zum Beispiel in Höhe des Grundfreibetrags von aktuell 12.348 Euro. IW-Berechnungen zeigen (Grafik):

**Bei einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro des Alleinverdieners würden damit fast 4.600 Euro mehr Einkommensteuer anfallen als bisher.**

Bei einem alleinigen Einkommen von 70.000 Euro würden rund 2.000 Euro mehr an den Staat wandern. Deutlich weniger von der Reform betroffen wären Doppelverdiener-Haushalte: Ehepartner, die 50.000 Euro beziehungsweise 25.000 Euro im Jahr verdienen, kämen zusammen auf die gleiche Steuerzahlung wie bisher. Erst mit höheren Einkommensunterschieden würde sich eine Neuregelung auf den Steuerbetrag auswirken.

Inwieweit die angedachte Reform mehr Menschen zur Aufnahme einer Arbeit animiert, ist offen. Schließlich reicht der bloße Anreiz nicht aus, wenn passende Rahmenbedingungen fehlen – zum Beispiel können viele Familien ihr Arbeitsvolumen ohne ausreichende Kinderbetreuung schlicht nicht erhöhen. Da eine Änderung des Ehegattensplittings zudem wohl nur für neue Ehen gelten würde, wäre die kurzfristige Wirkung gering. Eine solche Reform kann damit allenfalls eine Stellschraube sein – sie ersetzt keine umfassende Familien- und Arbeitsmarktpolitik.

## Ehegattensplitting: Wen eine Reform treffen würde

Steuereffekte für Ehepartner bei einer Einführung des Realsplittings in Euro pro Jahr



Einkommen Erstverdiener	Einkommen Zweitverdiener	Aktueller Steuervorteil durch Ehegattensplitting	Abzug durch Realsplitting
<b>Alleinverdiener</b>			
35.000	0	3.724	310
50.000	0	4.848	775
70.000	0	6.924	1.996
100.000	0	9.768	4.582
<b>Doppelverdiener</b>			
35.000	25.000	86	0
50.000	25.000	540	0
70.000	25.000	1.752	356
100.000	25.000	3.298	1.664

Realsplitting: Der maximale Übertragungsbetrag des Besserverdienenden auf den Partner wird auf den aktuellen steuerlichen Grundfreibetrag von 12.348 Euro begrenzt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

# (Ver)lockende Angebote

**Berufsausbildung.** Um ihre Ausbildungsplätze besetzen zu können, bieten immer mehr Unternehmen potenziellen Auszubildenden eine Reihe zusätzlicher Leistungen an. Einige dieser Benefits kommen bei jungen Menschen gut an – bei der Wahl einer passenden Ausbildungsstelle sind allerdings andere Kriterien wichtiger.

Die schwache Konjunktur hinterlässt auch auf dem Ausbildungsmarkt ihre Spuren – während die Nachfrage nach Lehrstellen steigt, ist das Angebot rückläufig. Dennoch haben viele Unternehmen nach wie vor große Probleme, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen – beispielsweise, weil die Berufswünsche der Jugendlichen vor Ort nicht zum Bedarf des Betriebs passen. Ende September 2025 waren entsprechend 54.000 Ausbildungsstellen als unbesetzt gemeldet. Das ist für die Firmen fatal, da sie dringend qualifi-

zierten Nachwuchs benötigen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Ein Weg, mit dem Betriebe mehr Jugendliche zu gewinnen versuchen, sind sogenannte Benefits – finanzielle, aber auch nicht monetäre Extras, mit denen die Unternehmen in ihren Anzeigen für Ausbildungsplätze werben.

Laut einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung unter Beteiligung des IW hat sich die Zahl der in Online-Ausbildungsannoncen angebotenen Benefits seit 2019 verdreifacht bis vervierfacht. Im Einzelnen:

### Entgeltähnliche Leistungen.

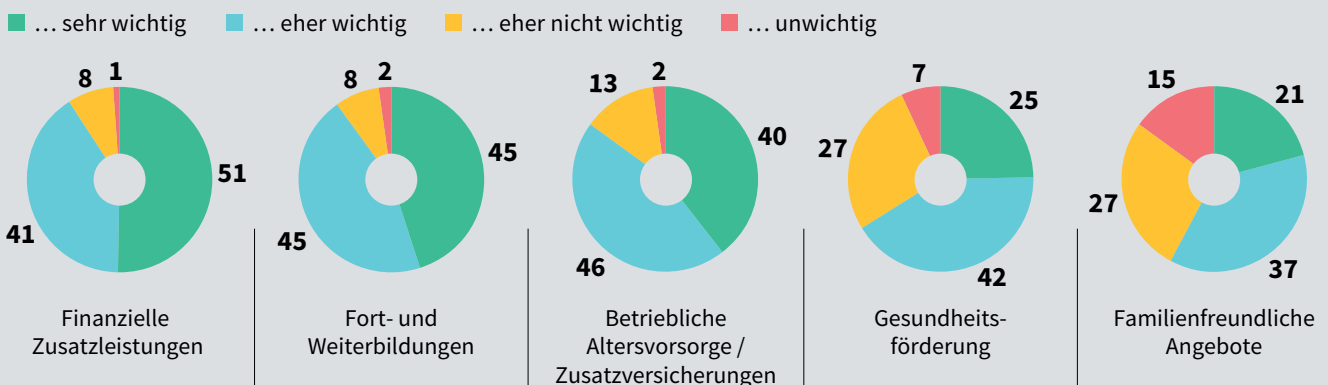
Hier sticht ein Klassiker unter den Sonderzahlungen hervor (Grafik Seite 11):

**Im Jahr 2025 warben fast 24 Prozent aller Anzeigen für Ausbildungsplätze mit Urlaubs- oder Weihnachtsgeld – 2019 war dies erst in 7,5 Prozent der Annoncen der Fall.**

An zweiter Stelle der entgeltähnlichen Leistungen steht mittlerweile das Jobticket, das in 12 Prozent der Anzeigen beworben wird, gefolgt von den vermögenswirksamen Leistun-

## Azubis lieben finanzielle Extras

So viel Prozent der jungen Menschen in Deutschland halten diese Zusatzleistungen im Rahmen einer Berufsausbildung für ...



Finanzielle Zusatzleistungen: z. B. Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Mobilitätzuschuss; Zusatzversicherungen: z. B. betriebliche Krankenversicherung  
 Gesundheitsförderung: z. B. Sportkurse, Massage, Betriebsarzt; familienfreundliche Angebote: z. B. Betreuungsplatz für eigene Kinder

Befragung von 1.755 Personen im Alter von 14 bis 25 Jahren in Deutschland vom 7. März bis 14. April 2025

Quelle: Bertelsmann Stiftung  
 © 2026 IW Medien / iwd

gen. Insgesamt wiesen im vergangenen Jahr fast 37 Prozent aller Lehrstellenanzeigen mindestens auf eine entgeltähnliche Zusatzleistung hin.

**Andere Benefits.** Besonders viele Betriebe betonen, dass die Ausbildung bei ihnen über die definierten Mindeststandards hinausgeht:

**In gut der Hälfte aller Ausbildungsanzeigen warben Unternehmen im Jahr 2025 mit zusätzlichen Qualifizierungsangeboten.**

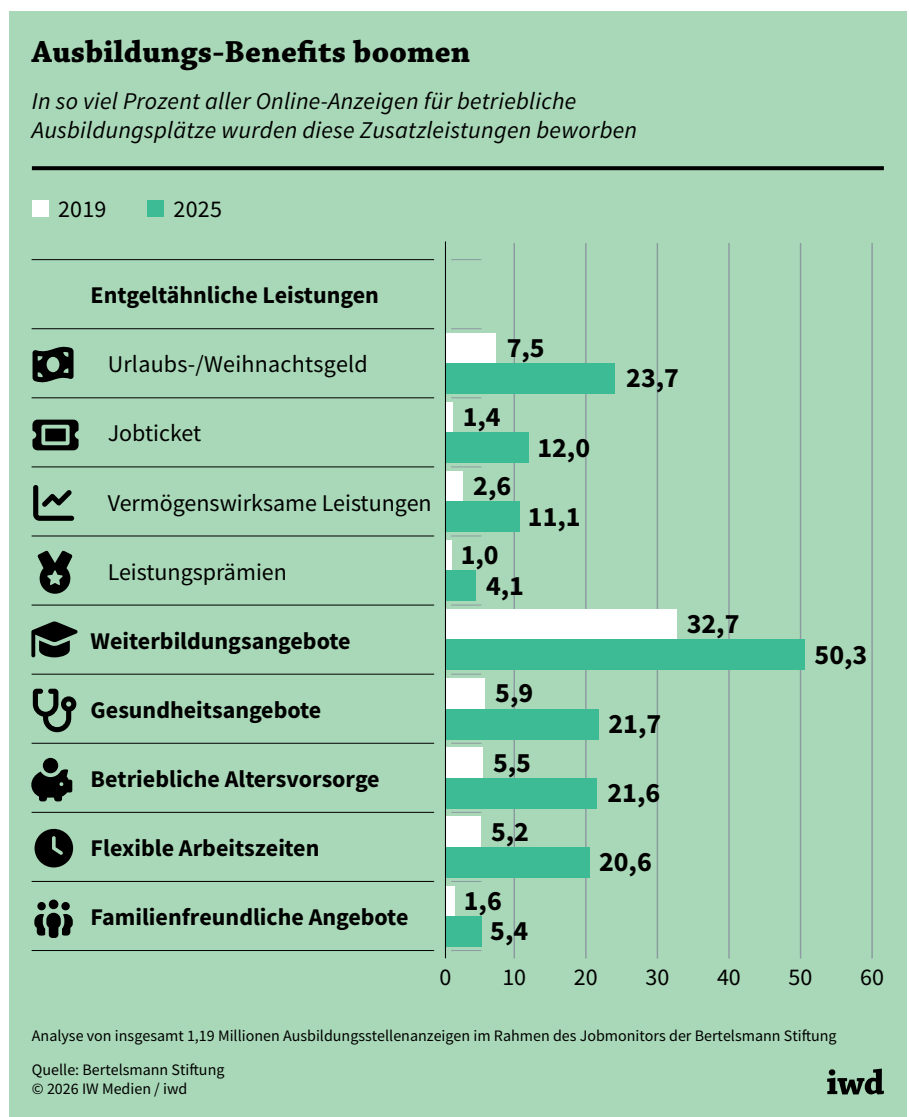
Sechs Jahre zuvor betrug dieser Anteil nur etwa ein Drittel.

Deutlich zugelegt hat auch die Bedeutung von Benefits zum Thema Gesundheit – wie vergünstigte Mitgliedschaften in Fitnessstudios. Aber auch Angebote zur betrieblichen Altersvorsorge sind inzwischen in gut jeder fünften Ausbildungsstellenanzeige ein Thema. Dies legt nahe, dass die Unternehmen über die Ausbildungszeit hinaus denken und die jungen Mitarbeiter über einen möglichst langen Zeitraum als Fachkräfte an sich binden wollen.

Generell gilt es bei der Interpretation der bisher genannten Zahlen zu bedenken, dass Stellenannoncen nicht unbedingt alles bewerben, was das jeweilige Unternehmen seinen künftigen Mitarbeitern tatsächlich bietet. Dennoch müssen die Unternehmen allem Anschein nach bei einigen Benefits noch eine Schippe drauflegen, wenn sie den Wünschen der jungen Generation entsprechen wollen. Beispiel finanzielle Extras (Grafik Seite 10):

**Mehr als neun von zehn der 14- bis 25-Jährigen finden es sehr oder eher wichtig, dass Unternehmen im Rahmen einer Berufsausbildung monetäre Zusatzleistungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld zahlen.**

Auch bei Angeboten zur betrieblichen Altersvorsorge, denen junge Menschen einen hohen Stellenwert einräumen, gibt es für die Unterneh-



men noch Luft nach oben. Deutlich besser zu den Wünschen der 14- bis 25-Jährigen passt das Ausmaß, in dem die Betriebe Angebote zur Weiterqualifizierung machen.

Verbeißen sollten sich die Unternehmen beim Thema Benefits allerdings nicht. Denn wenn es konkret darum geht, was eine Ausbildungsstelle attraktiv macht, rangieren andere Kriterien für die Jugendlichen ganz oben:

**Am wichtigsten ist jungen Menschen, dass das Betriebsklima am Ausbildungsplatz gut ist, die Aufgaben während der Ausbildung spannend sind und am Ende die Aussicht besteht, übernommen zu werden und dann ein gutes Gehalt zu beziehen.**

Für die Unternehmen heißt das schlussendlich, dass das Bewerben von Benefits zwar sinnvoll sein kann, aber immer in eine ganzheitliche Marketingstrategie für den Bereich Ausbildung einzubetten ist. Wichtig ist, dass die Unternehmen nicht nur in den Stellenanzeigen authentisch und glaubwürdig über ihr Ausbildungspaket informieren und dabei Unterstützungsangebote und die künftigen beruflichen Perspektiven für die Azubis in den Mittelpunkt stellen.

Um möglichst viele passende Bewerber zu gewinnen, gilt es für die Firmen darüber hinaus, mit Klischees und Vorurteilen – etwa über „typisch männliche“ oder „typisch weibliche“ Ausbildungsgänge – aufzuräumen.

# Der demografische Druck steigt

**Bevölkerungsentwicklung.** Nachdem die Bevölkerung in Deutschland über einen langen Zeitraum trotz niedriger Geburtenrate gewachsen ist, schrumpfte sie 2025 über-raschend. Sollte diese Entwicklung anhalten, nimmt der Fachkräftemangel weiter zu.

Dass in Deutschland seit geraumer Zeit Jahr für Jahr mehr Menschen sterben, als geboren werden, ist nichts Neues. Die Bevölkerung wuchs unterm Strich seit 2010 – mit Ausnahme des ersten Jahres der Pandemie – aufgrund der Zuwanderer trotzdem. Dass dies kein Selbstläufer ist, zeigt 2025:

**Im vergangenen Jahr sank die Bevölkerungszahl Deutschlands um 100.000 auf 83,5 Millionen.**

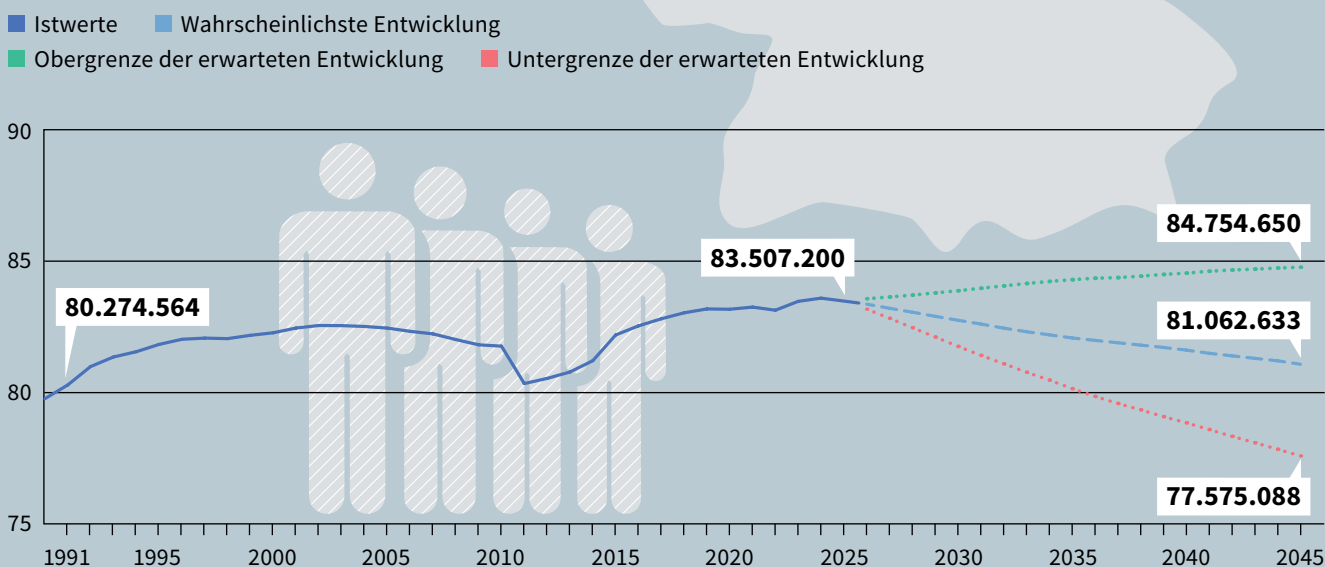
Da die Bundesregierung ihre Migrationspolitik gegenüber Asylbewerbern verschärft hat und aufgrund der verhaltenen Konjunkturaussichten zudem immer weniger Arbeitsmigranten aus anderen EU-Staaten nach Deutschland kommen, ist auch künftig damit zu rechnen, dass es weniger Menschen nach Deutschland zieht. Die Wanderungsgewinne – gemeint ist damit ein positiver Saldo von Zu- und Fortziehenden – werden

somit kleiner und reichen laut einer aktualisierten IW-Bevölkerungsprognose nicht mehr aus, um zu verhindern, dass die Bevölkerung in Deutschland insgesamt altert und schrumpft. Demzufolge sinkt der Bevölkerungsstand laut der wahrscheinlichsten Entwicklung bis zum Jahr 2045 stetig (Grafik):

**Im Jahr 2030 werden voraussichtlich 82,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik leben, im**

## Demografie: Die Bevölkerung schrumpft

Zahl der Einwohner in Deutschland



Ab 2026: Prognose

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

## Jahr 2045 dürften es lediglich noch 81,1 Millionen sein.

Anders als klassische Vorausberechnungen, die die demografische Entwicklung auf Basis getroffener „Wenn, dann...“-Annahmen zeigen, simuliert die IW-Prognose den wahrscheinlichsten Verlauf sowie die erwartete Ober- und Untergrenze dieser Entwicklung. Im optimistischsten Fall würde demnach die Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2045 auf knapp 84,8 Millionen Menschen wachsen, im pessimistischsten Fall würde sie auf 77,6 Millionen Menschen sinken.

Im wahrscheinlichsten Fall nimmt die Bevölkerung über den Prognosehorizont stetig ab, da die Nettozuwanderung nicht ausreicht, um den negativen Saldo aus Geburten und Sterbefällen auszugleichen. Im Jahr 2025 hätten 350.000 Personen netto zuwandern müssen, um den natürlichen Bevölkerungssaldo in dieser Höhe auszugleichen. Die tatsächliche Nettozuwanderung lag aber 2025 nur bei knapp 250.000 Personen.

Zwar wird sich die Nettomigration laut IW-Prognose bis 2045 auf etwa 290.000 Personen erhöhen, doch auch das reicht nicht aus, um den demografischen Wandel in Deutschland zu nivellieren. Denn durch die fortschreitende Alterung der Gesellschaft und die damit einhergehenden höheren Sterbezahlen wird sich der negative Bevölkerungssaldo weiter vergrößern. So müssten im Jahr 2045 also deutlich mehr als 350.000 Menschen netto zuwandern, damit Deutschland nicht schrumpft.

All diese Entwicklungen werden den demografischen Druck auf den Arbeitsmarkt stark erhöhen und die Renten- und Gesundheitssysteme vor enorme Herausforderungen stellen: Die Zahl der erwerbsfähigen Personen in Deutschland wird von aktuell 55 Millionen auf 50,4 Millio-

## „Wir brauchen Zuwanderung“



Foto: IW

**Interview. Philipp Deschermeier** ist Senior Economist für Immobilienökonomik und Demografie im Institut der deutschen Wirtschaft.

### Deutschlands Bevölkerung schrumpft. Ist das eine schlechte Nachricht?

Volkswirtschaftlich betrachtet ist es insofern eine schlechte Nachricht, als wir nicht nur schrumpfen, sondern auch altern. Immer mehr Babyboomer erreichen das gesetzliche Renteneintrittsalter und das nicht erst seit heute, sondern bereits seit einigen Jahren. Dieser Prozess wird sich in der Zukunft noch beschleunigen. Dadurch sinkt das Erwerbspersonenpotenzial, da gleichzeitig immer weniger junge Menschen in den Arbeitsmarkt kommen. Das ist langfristig eine Gefahr für unseren Wohlstand.

### In puncto Wohnungsmangel, fehlender Kitaplätze und einer steigenden Arbeitslosigkeit hilft es uns doch, wenn es weniger Menschen gibt?

Wenn Deutschland schrumpft, bedeutet das nicht, dass jeder Kreis und jede Stadt schrumpft. Wir haben nach wie vor Regionen, in denen die Bevölkerung wächst. In diesen Regionen haben wir bereits angespannte Wohnungsmärkte, eine in vielerlei Hinsicht mangelhafte Infrastruktur sowie spürbare Lücken in der Kinderbetreuung. Dort wird sich der Druck tendenziell weiter verstärken, während die Bevölkerung in vielen ländlichen Räumen schrumpft.

### Sie prognostizieren für Deutschland eine weiterhin sinkende Bevölkerung bis 2045. Wie ließe sich gegensteuern?

Um zumindest eine konstante Bevölkerungsgröße zu halten, brauchen wir Zuwanderung. Allerdings stehen die politischen Zeichen im Moment eher auf Begrenzung der Migration. Für den Arbeitsmarkt ist das eine große Gefahr. Denn um die Babyboomer zu ersetzen, die jetzt und in den kommenden Jahren in Rente gehen, müssten wir uns eigentlich massiv anstrengen, um gerade auch qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl nach Deutschland zu bekommen.

nen im Jahr 2045 sinken. Gleichzeitig steigt die Zahl der Senioren: 2025 waren 17 Millionen Menschen in Deutschland älter als 67 Jahre, 2045 werden es 20,4 Millionen sein.

#### IW-Kurzbericht 29/2026

Philipp Deschermeier:

Die Zeichen stehen wieder auf Schrumpfung

# Wo man sich am meisten leisten kann

**Kaufkraft.** *Wie hoch die Kaufkraft in einer Region ist, hängt von den Einkommen und dem Preisniveau vor Ort ab. Die Unterschiede in Deutschland sind deutlich, wie eine IW-Untersuchung zeigt. Die Spitzengruppe dominieren Kreise aus Bayern, ganz vorn gibt es allerdings eine Überraschung.*

Ein hohes durchschnittliches Nettoeinkommen ist ein wichtiger Faktor für die Kaufkraft in einer Stadt oder einer Region. Einen aussagekräftigen Wert erhält man aber erst, wenn man die regionalen Preise dazu ins Verhältnis setzt. Sind zum Beispiel die Mieten in einer Stadt sehr hoch, können selbst hohe Einkommen nicht verhindern, dass die Kaufkraft unterdurchschnittlich ist.

Das IW hat daher die neuesten zur Verfügung stehenden Daten zu den Einkommen der Bundesbürger in den 400 Landkreisen und kreisfreien Städten mit den eigenen Ergebnissen aus einer Analyse zu regionalen Preisen zusammengeführt. Der überraschende Sieger kommt aus Baden-Württemberg (Grafik):

**Heilbronn hatte im Jahr 2023 mit einem preisbereinigten Einkommen von gut 39.400 Euro pro Kopf bundesweit die höchste Kaufkraft.**

Unter den Top Ten ist Heilbronn die einzige Großstadt, ansonsten dominieren Landkreise das Ranking. Die Stadt am Neckar verdrängt den Landkreis Starnberg, der das vorangegangene Ranking für sich entscheiden konnte, auf den zweiten Rang.

Dieser verfügt zwar über ein deutlich höheres mittleres Einkommen als Heilbronn, aber das Preisniveau in Starnberg liegt fast 14 Prozent über dem Bundesschnitt.

Auffallend ist: In der Spitzengruppe finden sich viele touristisch attraktive Regionen, die zudem häufig in der Nähe von wirtschaftsstarken Metropolen liegen. So ist das Münchener Umland mit dem Landkreis Miesbach, in dem der Tegernsee liegt, auf Rang fünf vertreten. Der Hochtaunuskreis in der Nähe der Bankenmetropole Frankfurt erreicht Rang acht. Knapp die Top Ten verfehlen auf den Plätzen elf und zwölf der Kreis Nordfriesland mit der Insel Sylt und die Kurstadt Baden-Baden.

Aber auch Gebiete abseits der Metropolregionen können teils überraschende Erfolge vorweisen. So finden sich im Vorderfeld die bayerischen Landkreise Rhön-Grabfeld und Wunsiedel im Fichtelgebirge ebenso wie der Kreis Olpe in Nordrhein-Westfalen. Sie alle zeichnen sich durch ein unterdurchschnittliches bis niedriges Preisniveau bei gleichzeitig soliden Nominaleinkommen aus.

Schaut man auf die Lage der bestplatzierten Kreise und Städte, dominiert der Süden:

**Fünf der kaufkraftstärksten sieben Regionen in Deutschland liegen in Bayern, unter den Top 20 ist der Freistaat elfmal vertreten.**

Am anderen Ende des Rankings finden sich dagegen vermehrt strukturschwache Städte aus dem Westen wieder. Unter den fünf mit der niedrigsten Kaufkraft ist das Ruhrgebiet mit Herne, Duisburg und Gelsenkirchen gleich dreimal vertreten. Am wenigsten können sich bundesweit die Offenbacher leisten.

Auch die deutschen Metropolen schneiden vor allem aufgrund hoher Wohnkosten schlecht ab. Stuttgart landet auf Platz 249, noch weiter hinten folgen Hamburg (Platz 331), Köln (Platz 343), Frankfurt (Platz 358) und Berlin (Platz 383). Relativ gut schlagen sich von den sieben größten Städten lediglich München (Platz 68) und Düsseldorf (Platz 101).

## IW-Kurzbericht 28/2026

Christoph Schröder, Jan Wendt:  
Kaufkraft – In Bayern am höchsten

## Das Kaufkraft-Gefälle

So hoch war das preisbereinigte Pro-Kopf-Einkommen in diesen Städten und Kreisen in Deutschland im Jahr 2023, in Euro



Platz	Landkreis/Stadt	
1	Heilbronn	39.424
2	Landkreis Starnberg	39.224
3	Landkreis Rhön-Grabfeld	38.479
4	Landkreis Neuwied	37.441
5	Landkreis Miesbach	37.078
6	Landkreis Erlangen-Höchstadt	36.804
7	Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge	36.385
8	Hochtaunuskreis	36.080
9	Landkreis Mainz-Bingen	35.814
10	Kreis Olpe	34.437

Preisniveau (Deutschland = 100)
103,1
113,5
92,9
95,6
109,9
100,9
91,2
107,3
101,1
96,5

...

391	Halle (Saale)	24.184
392	Freiburg im Breisgau	23.949
393	Frankfurt (Oder)	23.940
394	Bremerhaven	23.477
395	Ludwigshafen am Rhein	23.144
396	Herne	23.082
397	Kaiserslautern	23.070
398	Duisburg	22.236
399	Gelsenkirchen	21.469
400	Offenbach am Main	21.430

94,5
113,4
93,8
93,5
100,6
95,0
98,1
94,9
93,8
106,5

Quellen: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd



### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger  
**Gratik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abonnement-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche

**44,7 Millionen**



Gästeübernachtungen verzeichneten die rund 3.200 deutschen Campingplätze im Jahr 2025, ein Rekordwert. Im Jahr zuvor gab es 42,9 Millionen Campingübernachtungen, 2019 – im letzten Jahr vor Corona – waren es erst 35,8 Millionen. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der Nächte im Zelt, Wohnwagen oder Wohnmobil sogar mehr als verdoppelt: 2005 zählten die deutschen Campingplätze nur 21,7 Millionen Übernachtungen. Zum Vergleich: Die Übernachtungszahlen über alle Beherbergungsbetriebe hinweg wuchsen im selben Zeitraum lediglich um knapp 45 Prozent.

Besonders beliebt bei Campern aus dem In- und Ausland ist mit 3,5 Millionen Übernachtungen im Jahr 2025 die schleswig-holsteinische Ostsee. Dahinter folgen der Schwarzwald mit 2,6 Millionen Übernachtungen, die niedersächsische Nordseeküste (2,0 Millionen Übernachtungen) sowie das bayerische Allgäu (1,8 Millionen Übernachtungen). Gestiegen sind allerdings auch die Preise für Übernachtungen auf den heimischen Campingplätzen: Ein Wohnmobilstellplatz kostete 2025 im Schnitt rund 32 Prozent mehr als im Jahr 2020. Die Verbraucherpreise insgesamt erhöhten sich innerhalb dieses Zeitraums „nur“ um knapp 22 Prozent.

## Top-Liste: Bildungsboni

Es gibt viele Faktoren, die die Höhe des Gehalts beeinflussen: der Beruf, die Branche, die Berufserfahrung. Eine weitere relevante Einflussgröße ist der Bildungsabschluss. Wer keine berufliche Ausbildung vorweisen kann, verdiente als Angestellter in Deutschland im Frühjahr 2025 im Durchschnitt rund 3.400 Euro brutto im Monat, promovierte oder habilitierte Beschäftigte kamen mit knapp 9.500 Euro fast auf das Dreifache. Auch Abschlüsse im Handwerk können den Weg zu überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten ebnen: Personen, die nach der Berufsausbildung zum Bäcker oder Hörakustiker noch eine Aufstiegsfortbildung zum Meister oder Techniker absolviert haben, erzielten zuletzt mit durchschnittlich rund 5.400 Euro Bruttomonatsverdienst ein höheres Einkommen als alle Beschäftigten, deren Durchschnittseinkommen bei annähernd 4.800 Euro lag.

### Wer verdient wie viel?

So viel verdienen Vollzeitbeschäftigte mit diesem Ausbildungsabschluss durchschnittlich je Monat im April 2025, in Euro

Promotion/  
Habilitation



9.476

Diplom/Magister/  
Master/Staatsexamen



7.019

Meister-/Techniker/  
Fachschulabschluss



5.405

Bachelor



5.289

Anerkannter  
Berufsabschluss



4.125

Ohne beruflichen  
Ausbildungsabschluss



3.432

Verdienst: Bruttoverdienst ohne Sonderzahlungen  
Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2026 IW Medien / iwd